



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi zum Wachstumschancengesetz: „Die CDU/CSU-Fraktion blockiert wichtige Wachstumsimpulse für die Wirtschaft in unserer Region“

Berlin, 23.02.2024

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck und finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion, hat die Verhandlungen in Bundestag und Vermittlungsausschuss mit den Bundesländern geführt und in der heutigen Debatte im Deutschen Bundestag als Redner der SPD verdeutlicht: „Die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht, dass dieses Gesetz endlich in Kraft tritt. Die Regierungsfaktionen haben dem Gesetz deshalb zugestimmt.“

In Gesprächen der vergangenen Wochen haben Wirtschaftsvertreter aus den Landkreisen Fürstenfeldbruck und Dachau verdeutlicht, dass sie auf die Wachstumsimpulse aus dem Wachstumschancengesetz warten. Der Sozialverband VdK mahnt ebenfalls einen zeitnahen Abschluss an, da das Gesetz auch eine milliardenschwere Entlastung für Rentnerinnen und Rentner enthält.

In den Verhandlungen wurde zwischen den Regierungsfaktionen, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesländern eine einvernehmliche Einigung erreicht. Diese Einigung umfasst insgesamt 61 Maßnahmen, darunter: Wachstumsimpulse für die Wirtschaft im Volumen von jährlich 3,2 Milliarden Euro, für kleine und mittlere Unternehmen, für die Wohnungswirtschaft, für die Forschungsförderung. Dabei werden die Belastung der Städte und Gemeinden massiv reduziert. Es sind aber auch Maßnahmen enthalten für mehr Steuergerechtigkeit oder eine in den nächsten Jahren milliardenschwere Entlastung für Rentnerinnen und Rentner, indem die sogenannte Doppelbesteuerung der Renten ausgeschlossen wird.

Die Unions-Ministerpräsidenten wie auch die Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmten im Vermittlungsausschuss aber gegen die Einigung zum Wachstumschancengesetz. Die Vorsitzenden von CDU und CSU haben die weitere Blockade dieser wichtigen Wachstumsimpulse angekündigt „Es ist unverantwortlich, dass Friedrich Merz und seine Fraktion auch heute



im Bundestag in namentlicher Abstimmung gegen das Gesetz gestimmt haben. Herr Merz und Herr Söder müssen sich entscheiden, ob sie diese wichtigen und notwendigen Wachstumsimpulse und die Entlastung für Rentnerinnen und Rentner durch eine Vermengung mit sachfremden Themen verhindern wollen“, erklärt Schrodi nach der Abstimmung im Bundestag am Freitagvormittag.

In der namentlichen Abstimmung hat auch die örtliche CSU-Bundestagsabgeordnete gegen das Gesetz gestimmt. „Als Mitglied der größten Oppositionsfraktion hat Frau Staffler zwar keine Mehrheit im Deutschen Bundestag, aber doch eine Verantwortung für dieses Land. Heute hätte sie konkret etwas tun können für die Wirtschaft und die Rentnerinnen und Rentner in unserer Region“, kritisiert Michael Schrodi ihr Abstimmungsverhalten.